

Tagesordnung I Punkt 1.6 der öffentlichen Sitzung am 28. November 2007

Vorlagen-Nr. 07-F-01-0131

***Organisationsuntersuchung Hochbauamt
-Antrag der SPD-Stadtverordnetenfraktion vom 19.11.2007-***

Der Magistrat wird gebeten, eine Organisationsuntersuchung des Hochbauamtes in Auftrag zu geben. Im Rahmen der Untersuchung des Hochbauamtes sollten u.a. die nachfolgenden Fragen geklärt werden:

1. Ist die jetzige organisatorische Ausprägung (z.B. auch hinsichtlich der Führungsstrukturen) im Hochbauamt geeignet, den Investitionsstau in städtischen Liegenschaften spürbar, zeitnah und zielorientiert zu beheben?
2. Welche Veränderungen in den Organisationsstrukturen und -abläufen sind erforderlich, damit die im Haushalt zur Verfügung gestellten Mittel der Kunden des Hochbauamtes zu einem viel höheren Prozentsatz umgesetzt bzw. verausgabt werden als heute?
3. Ist eine sinnvolle Fusion von Teilen des Hochbauamtes mit den Teilen der größten Kunden der LHW (z.B. Schulamt) angezeigt (auch hier wird „Baupersonal“ vorgehalten)?
4. Sind die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter den neuen Herausforderungen sowohl aus ihrer Profession heraus, aber auch bezogen auf den Umgang mit SAP gewachsen?
5. Ist im Hochbauamt ein optimiertes Controllingsystem erforderlich, welches die einzelnen Projekte und Maßnahmen von Anfang bis Ende transparent und nachvollziehbar und somit kontrollierbar macht und das von einer übergeordneten Stelle überwacht und gesteuert wird (z.B. Dezernat)?
6. Sind dem Hochbauamt auf dieser Basis gezielte Zeitvorgaben zur Umsetzung zu machen, die dann professionell controlled werden müssen?
7. Können viel mehr Aufträge an Architekturbüros o.a. zur schnelleren Umsetzung vergeben werden und wer führt dann die Qualitätssicherung seitens der Stadt durch?
8. Ist ein sklavisches Festhalten an den rechtlich vorgegebenen Vergabe- und Ausschreibungskriterien heute noch zeitgemäß oder sind hierzu Alternativen denkbar (z.B. Kooperation mit Externen) - evtl. auch Mut zu Veränderungen der rechtlichen Rahmenbedingungen über den Gesetzgeber?
9. Ist das damals angedachte und nie zu Ende geführte Konzept zu Facility Management unter den heutigen Rahmenbedingungen überhaupt noch umsetzbar oder muss man sich vielmehr nicht übergeordnete Gedanken über ein neues System machen und wer sollte dies tun?

Beschluss Nr. 0414

Die Beratung und Beschlussfassung des Antrags werden zurück gestellt.

Der Magistrat wird gebeten, zu einer der nächsten Sitzungen des Ausschusses für Finanzen, Wirtschaft und Beschäftigung eine Stellungnahme abzugeben.

Frau Stadtverordnetenvorsteherin
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung

Wiesbaden, .12.2007

Horschler
Vorsitzender

Die Stadtverordnetenvorsteherin

Wiesbaden, .12.2007

Dem Magistrat
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung

Thiels
Stadtverordnetenvorsteherin

Der Magistrat
- 16 -

Wiesbaden, .12.2007

Dezernat V
mit der Bitte um weitere Veranlassung
Dezernat I
Dezernat III
mit der Bitte um Kenntnisnahme

Dr. Müller
Oberbürgermeister